Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 30 Pfg., bei lokalen Anzeigen 25 Pfg. Reklamezeile 1,00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 2.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 19 — **Freitag, den 23. Januar 1920** — **48. Jahrgang**

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 22. Januar.)

Die Vorlage zur Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse staatlicher Arbeiter oder gering besoldeter Hilfsbeamten wird in der ersten und zweiten Lesung angenommen. Ebenso das Gesetz zur Niederschlagung von Untersuchungen die infolge der besonderen Verhältnisse des Krieges mindestens seit dem 1. 3. 1917 ruhen.

Es folgt die Beratung des Antrages Hergt (D.-N.), v. Krause (D. V., auf Einsetzung eines Ausschusses zur Bearbeitung der Besoldungsfrage. In Verbindung damit steht die Beratung eines Antrages des Finanzministers auf Zustimmung zur Zahlung höherer Teuerungszulagen an Beamte und Lohnangestellte höherer Ordnung und anderer Aufbesserungsanträge. — Finanzminister Dr. Südekum: Der Staat muß sich ein pflichttreues, tüchtiges und unbestechliches Beamtentum zu erhalten suchen. Die Regierung hat nach der Umwälzung den Beamten die Wahrung ihrer Rechte zugebilligt, und dazu gehört auch die ausreichende Besoldung. Die Besoldungsreform ist in voller Arbeit. Die jetzt vorgeschlagene Erhöhung der Teuerungszulagen ist erforderlich geworden durch die starke neuerliche Verteuerung der Lebenshaltung. Die individuelle Leistung aber muß ebenfalls gesteigert werden, die Wirtschaft muß auch planvoller werden, es geht nicht an, daß Pflüge fehlen und daß Korsettstangen gemacht werden. Auch die Einfuhr von Luxusartikeln muß aufhören, für die viele Milliarden ins Ausland gegangen sind. Wenn nicht das ganze Volk zur Besinnung kommt, so steht unsere Versorgung in größter Gefahr. Im Krieg ist nicht annähernd soviel gehamstert worden wie jetzt, und zwar zu den unsinnigsten Preisen. Wenn Deutschland sich nicht schnell mit allem Ernste auf seine Arbeitskraft besinnt, dann sind wir bald da, wo Wien ist.

Der Antrag des Finanzministers wird einstimmig angenommen, ebenso der Antrag Hergt und v. Krause. Dem hiernach zu bildenden Ausschuß werden die übrigen Anträge überwiesen.

Es folgt die förmliche Anfrage des Abg. Held (D. Vp.) über Anschaffung von Stickstoff und Kali für die Landwirtschaft. In Verbindung damit steht die Beratung von Anträgen der Deutschnationalen auf Aufhebung der Zwangswirtschaft in West- und Ostpreußen und auf Beseitigung der Zwangswirtschaft für Zucker, ferner des Antrages Herold (Zentr.) betr. die Anschaffung von Saatkartoffeln und die Verbesserung der Erzeugerpreise für Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben. — Abg. Held (D. V.) begründet die Anfrage. — Unterstaatssekretär Ramm: Es ist versucht worden, alle Hindernisse hinwegzuräumen, um das Ziel des Antrages zu erreichen. Wir hoffen, die Düngerzufuhren bis 1. Mai so zu fördern, daß der Bedarf der nächsten Ernte einigermaßen gedeckt wird. — Abg. Schenkann (Z.): Solange die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht angeordnet ist, müssen die Preise für Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben so gebessert werden, daß einem Rückgange der Erzeugung entgegengewirkt wird.

Nächste Sitzung: Freitag.

Im Prozeß Erzberger—Helfferich

teilte der Vorsitzende in der gestrigen Sitzung mit, daß verschiedene Zeugen, darunter August Thyssen, nicht kommen könnten. Der Gerichtshof beschließt, Thyssen kommissarisch an seinem Wohnsitz zu vernehmen. In der Vernehmung Helfferichs zum Falle Thyssen hebt dieser hervor, daß Erzberger in seinen Gegenangriffen oft in seinen Eingeständnissen weiter ging, als er selbst. Erzberger ging im Anfang des Krieges als Annexionist weiter als alle. Erzberger verlangte für Deutschland die der Normandie vorgelagerten englischen Inseln, welche Erzlager besitzen. Er mußte wissen, daß Thyssen in der Normandie große Erzlager hatte. Der ursprüngliche Annexionismus Erzbergers hatte geradezu weltverschlingenden Appetit. Der Angeklagte reicht einen wenige Wochen nach Kriegsausbruch ausgearbeiteten Annexionsplan Erzbergers zu den Akten. Von seinem Annexionismus kam Erzberger ab, nachdem in Wien der Thronwechsel eingetreten war. In Uebereinstimmung mit der Famille Parma begann er sehr stark gegen den Annexionismus zu arbeiten. Erzberger wollte gleichzeitig auf dem alten Thyssen- und dem neuen Parma-Pferd reiten, bis ihn Thyssen warf. Helfferich fährt zusammenfassend fort: Erzberger hat also trotz der Juli-Resolution für die Annexion von Briey gearbeitet. Erst nachdem Thyssen sich von ihm trennte, wurde Erzberger auch mit Bezug auf Briey das, was ich in der „Kreuzztg." mit Vorbedacht den schärfsten Gegner des Annexionismus nannte. Bestritten werde lediglich, daß Erzberger sich auch für die Uebertragung des Eigentums an Thyssen nach Beendigung des Krieges einsetzte. Hierzu erklärt Helfferich, daß Thyssen durch Erzberger einen Antrag auf Ueberzeignung der Briey-gruben gestellt haben. Diesen sowie einen gleichen für die Liquidation des in Deutsch-Lothringen gelegenen Grundbesitzes der Gebrüder de Wendel, bei dem Erzberger ebenfalls die speziellen Thyssenschen Interessen vertrat, habe er abgelehnt. Helfferich berührt bei diesen Darlegungen noch einen anderen Fall. Im Frühjahr 1916 habe er ein Gesetz vorbereitet zur Ausfuhr bestimmter Waren, darunter Eisen und Kohle, Abgaben zu erheben, um auf diese Weise den Unterschied zwischen Inlands- und Auslandspreisen auszugleichen. Hierfür trat zunächst auch Herr Erzberger, Mitglied des Thyssenschen Aufsichtsrates, ein. Nachdem er aber aus dem Thyssenkonzern ausgetreten war, brachte er einen Antrag ein, nicht nur für die Zukunft solche Abgaben zu erheben, sondern auch nachträglich die Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreis zu erheben, den er auf 644 Millionen berechnete, von der Industrie einzuziehen.

Reichsfinanzminister Erzberger als Zeuge

vernommen, bekundet: Ich kenne Herrn August Thyssen seit ungefähr 12 bis 13 Jahren. Er vertrat immer den Standpunkt, daß die Interessen der Industrie im Parlament eine genügende Vertretung nicht fänden und bat mich darum, hin und wieder Wünsche der Industrie mitteilen zu dürfen. Ich war damit einverstanden. Thyssen gab mir im Laufe der Jahre sehr viel im Interesse der Volkswirtschaft wichtiges Material mit der Bitte, für die Eisenindustrie einzutreten. Diese Beziehungen wurden im Laufe der Jahre immer freundschaftlicher. Irgendwelche pekuniären Beziehungen hatte ich zu Thyssen nicht. Aehnliche Beziehungen hatte ich auch mit einer ganzen Reihe anderer Unternehmungen. In meiner langen parlamentarischen Tätigkeit brachte ich wiederholt derartige Wünsche einzelner Gruppen zur Sprache, und zwar ohne jeden materiellen Vorteil. Im Jahre 1910 schrieb mir Thyssen, er sei zu dem Entschluß gekommen, mich in den Aufsichtsrat seiner drei größten Unternehmungen zu nehmen. Ich kam zu der Ueberzeugung, daß keinerlei sonstige Bedenken vorlägen, als Abgeordneter den Posten eines Aufsichtsrates anzunehmen. Ich kann hier unter Eid erklären, daß mir die Firma Thyssen nie eine einzige Zumutung machte, die nicht das allgemeine Interesse, sondern ihre eigenen geschäftlichen Interessen betraf. Es sollte mir niemand nachsagen können, daß ich meine politische Stellung irgendwie zu persönlichen oder materiellen Dingen ausnutze. Ich habe deshalb die Beteiligung an Dividenden extra abgelehnt. Thyssen bot mir einen festen Jahresbezug von 40 000 Mark an. Es war dann nie wieder von der finanziellen Frage die Rede. Ich war unter anderem Berichterstatter des Militäretats. Nachdem ich den Aufsichtsratsposten annahm, legte ich sofort dieses Amt nieder, damit niemand auf den Gedanken einer Verbindung der Firma Thyssen mit Heereslieferungen kommen könnte. Was ich dann weiter zu Gunsten der Firma Thyssen tat, tat ich lediglich im Namen des allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesses, und ich kann es in jeder Beziehung verantworten. — Vorsitzender: Daraus, daß Sie sich als Abgeordneter in den Aufsichtsrat wählen ließen, wird Ihnen ja auch kein Vorwurf gemacht, sondern es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß Sie als ein dem Wirtschaftsleben völlig Fernstehender in den Aufsichtsrat hineingewählt wurden. — Zeuge Erzberger: Dann will ich darauf aufmerksam machen, daß andere, ebenfalls dem wirtschaftlichen Leben fernstehende Politiker, wie z. B. Herr von Loebell, auch später in den Aufsichtsrat z. B. der A. E. G. und der Deutschen Bank gewählt wurden.

Erzberger geht dann auf seine Beziehungen zu dem Hause Bourbon-Parma näher ein. Er erlangte allmählich im Laufe des Krieges die feste Meinung, daß wir froh sein müßten, wenn Deutschland ohne territoriale Verluste aus dem Kriege hinauskäme. Der Hauptzweck seiner Friedensresolution war der, überhaupt an den Friedenstisch, d. h. an den Verhandlungstisch, heranzukommen. Man fälschte aber sein Wort von einem Verständigungsfrieden in einen Verzichtfrieden um. Es war zu jener Zeit einem deutschen Volksvertreter unmöglich, an den Kaiser heranzukommen und ein deutliches Wort zu reden. Ich war der Ansicht und mit mir viele andere, daß Dr. Helfferich durch seine Art und Weise, wie er den Kaiser informierte, ein Unglück für das deutsche Volk darstellte. Als ich endlich mit dem Kaiser sprechen konnte, war ich überrascht, welche Auffassung er hatte. Zur Uebereignung der Gruben im Briey-Gebiet sagte Erzberger: Es war zunächst August Thyssen, der nach Luxemburg ins Hauptquartier fuhr und der dort offen erklärte, Deutschland werde den Krieg verlieren, wenn wir kein Erz bekämen. Alle Länder steigerten ihre Stahlproduktion, die deutsche war gesunken, und die Front schrie nach Material. Das war der Grund, weshalb ich für die Liquidation der Erzgruben im Briey-Gebiet und die Ausnutzung im deutschen Interesse eintrat. Man folgte mir nicht, sondern bezog aus dem Auslande Erz, und die deutsche Industrie kam in Abhängigkeit. Es trat eine Verschuldung ein, und die Suppe kann ich heute als Finanzminister ausessen. Bei dem jetzigen Stande der Valuta handelt es sich um riesige Schuldsummen. Außerdem ließ der Feind deutsche Firmen liquidieren. Als Gegenmaßregel wollte ich für die Liquidation der französischen Erzgruben eintreten.

Auf die Frage des Vorsitzenden über die ihm vorgeworfene Wandlung in seinen politischen Anschauungen erwidert Erzberger, als Berichterstatter über den Militäretat hatte er weiteste Kenntnis der Kriegsmöglichkeiten und des Schlieffenschen Planes, der dahin ging, daß nur etwas zu machen sei, wenn man Frankreich in 6 Wochen niederkämpfen könne. Nachdem er sah, daß diese Hoffnung im Westen sich nicht erfüllte, während bis zur Marneschlacht sich alles genau nach dem Schlieffenschen Plane abgewickelt, habe nötgedrungen in seiner Ueberzeugung eine Wandlung eintreten müssen. Seine Beziehungen zur Industrie seien ohne Einfluß auf seine Tätigkeit zur Herbeiführung der Friedensresolution gewesen. Auf die Vorhaltung des Rechtsanwalts Alsberg, daß er doch gewissermaßen der Vater der Friedensresolution war, und nachher mit einem Male der Ausspruch gekommen sei, wir wollten Briey und Longwy haben, erklärte Erzberger: Ich habe auch zu anderen Annexionsplänen keine Stellung genommen. Der Erwerb von Briey und Longwy im Wege des Ausgleichs lag im Rahmen der Friedensresolution. Der Vorsitzende erklärt, daß er zunächst den Eindruck hatte, daß Thyssen nach Friedensschluß Eigentumsrechte auf die Gruben geltend machen wollte. Dagegen weist Erster Staatsanwalt von Klausewitz darauf hin, daß in den Eingaben nirgends die Eigentumsübertragung verlangt wurde. — Auf die Frage des Vorsitzenden, wann Erzberger aus dem Thyssen-Konzern ausgeschieden sei, erklärt dieser: Ich schied Mitte 1917, nach der Friedensresolution, aus dem Aufsichtsrat aus, die Bezüge wurden bis zum 1. Jan. gezahlt; im ganzen bezog ich etwa 100 000 Mk. Ich schied aus, weil meine Ansichten, die in der Friedensresolution ausgedrückt waren, nicht mit denen des Thyssen-Konzerns übereinstimmten. Mein Austritt aus dem Konzern ging jedenfalls von mir und nicht von Herrn Thyssen aus.

In weiteren Erörterungen erklärt Dr. Helfferich, daß er an Steuern usw. herausgeholt habe, was herauszuholen war, und daß ihm dabei fast ständig der Abg. Erzberger in den Arm gefallen sei, allerdings erst, nachdem er aus der Schwerindustrie ausgeschieden war. Ich frage Herrn Erzberger unter seinem Eide: Hätten Sie diese Vorwürfe betr. die riesigen Gewinne der Industrie auch erhoben, wenn Sie im Jahre 1918 noch dem Thyssenkonzern angehört hätten? — Zeuge Erzberger: Es wurde damals häufig im Hauptausschuß von riesigen Gewinnen der Industrie gesprochen. — Dr. Helfferich: Auch von Herrn Erzberger. — Zeuge Erzberger: Das weiß ich nicht mehr. (Lebhafte Ahaa-Rufe im Zuhörerraum. Der Vorsitzende droht, daß er im Wiederholungsfalle den Zuhörerraum räumen lassen werde.) Ein langes Hin und Her zwischen Rechtsanwalt Alsberg und Erzberger beendet der Vorsitzende mit den Worten: Der Grundgedanke dieser ganzen Erörterung ist doch der: Solange Sie, Herr Minister, Mitglied der Schwerindustrie waren, haben Sie nicht an Ausfuhrzölle, welche die Industrie belasteten, gedacht. Erst als Sie aus dem Aufsichtsrat ausgetreten waren, kommen Sie auf den Gedanken, solche Zölle einzuführen. — Rechtsanwalt Alsberg: Gerade Sie mußten doch auf Grund Ihrer Kenntnis der internen Dinge der Schwerindustrie über Millionengewinne Bescheid wissen und haben geschwiegen. Erst als Sie ausgeschieden waren, machten Sie von Ihrer Kenntnis Gebrauch. Ich möchte fast sagen, daß Sie der einzigste Abgeordnete waren, der so gut mit der Schwerindustrie Bescheid wußte. — Erzberger: Das ist nicht richtig. Es gibt zahlreiche Abgeordnete, die gleichfalls in Aufsichtsräten sitzen. Ich erkläre unter meinem Eide, daß ich mich gegen die Ausfuhrabgaben nie gesträubt habe. — Helfferich erklärt, alles zu bestreiten, was Erzberger über diesen Punkt gesagt habe und fragte den Minister: Hätten Sie, wenn Sie 1918 noch Mitglied der Schwerindustrie gewesen wären, auch jene Vorwürfe gegen die Regierung erhoben, daß sie die Ausfuhrzölle nicht eingeführt habe, um die Schwerindustrie zu begünstigen? Hierauf gibt Erzberger keine Antwort. — Helfferich: Ich will es Ihnen ersparen, sich durch Ihre Antwort in Verlegenheit zu bringen. Ich überlasse es der freien Beweiswürdigung des Gerichts, sich darüber ein Urteil zu bilden.

Hierauf wird die Verhandlung auf Sonnabend vertagt.

Eine schwere Beschuldigung Erzbergers gegen die Rheinlande und Süddeutschen.

Nach dem Bericht der „Köln. Volksztg." hat Erzberger während der Verhandlung im Helfferich-Prozeß über die Gründe, die ihn zum Abschluß des Waffenstillstandes bewogen haben, erklärt:

„Was für mich entscheidend war, war die seinerzeitige Konferenz der Minister aller Staaten. Dort äußerten sich die Süddeutschen: Wenn wir nicht unterzeichnen, werden neue Regierungen in den Ländern gebildet werden und diese einen Sonderfrieden abschließen. Die Einheit Deutschlands muß aber unter allen Umständen aufrechterhalten werden. Zu einem Abfall der Rheinlande wäre es auf jeden Fall sonst gekommen. Darüber ließen seine Vertreter keinen Zweifel; sie sagten: Frieden um jeden Preis, sonst los von Deutschland."

Protest gegen die Erzberger-Anschuldigung.

(TU) Wie der „Telegraphen-Union" berichtet wird, hat der Fürst Salm-Reifferscheidt an den Vorsitzenden der Zentrumspartei, Trimborn, folgendes Telegramm gerichtet: „

„Protestiere als Rheinländer und Reichstagsabgeordneter für Düren während der Waffenstillstandsverhandlungen in schärfster Form gegen Prozeßäußerung Erzbergers, Vertreter Rheinlands hätten erklärt, Frieden um jeden Preis, sonst los von Deutschland. Ausspruch ist niederträchtige Pauschalverleumdung Deutscher Rheinlands und ihrer Vertreter. Namen nennen."

Der Kaiser von der Auslieferungsnote in Kenntnis gesetzt.

(TU) Die Preßinformation meldet aus Amsterdam: Ein Vertreter der holländischen Regierung war am Montag in Amerongen eingetroffen und überreichte dem ehemaligen deutschen Kaiser persönlich einen Abzug der an die holländische Regierung gerichteten Auslieferungsnote. In der Umgebung des Kaiserpaares herrscht die feste Zuversicht, daß Holland die Auslieferung verweigern werde. Von einer Note der Alliierten an Deutschland, die Deutschlands Unterstützung für die Auslieferung des Kaisers fordert, ist amtlich hier nichts bekannt. Man wisse auch nicht, so erklären maßgebende Stellen, auf welchen Rechtsboden sich die Entente stellen könnte, wenn sie ein solches Verlangen an Deutschland richten wollte. Der Friedensvertrag gibt ihr jedenfalls kein Recht dazu.

Die holländische Regierung hat nach der „Chikago Tribune" auf vertrauliche Anfrage bei den Regierungen der Alliierten fast von allen, mit Ausnahme Englands, die Antwort erhalten, daß sie auf der Auslieferung des Kaisers ernstlich nicht bestehen würden.

Tagesereignisse.

— **(Ausweisung aus dem Abstimmungsgebiet.)** Die erste Ausweisung durch die internationale Kommission ist gestern erfolgt. Der kommissarische Amtsvorsteher Erichsen aus Scherrebeck bekam — vermutlich wegen seiner deutschen Gesinnung — die Aufforderung, das Abstimmungsgebiet zu verlassen. Erichsen ist gebürtiger Nordschleswiger, also stimmberechtigt.

— **(Keine Ratifizierung in Amerika.)** Wie der „Nieuwe Courant" aus Washington meldet, erklärten einflußreiche amerikanische Senatoren, daß sie alle Hoffnung, daß der Friedensvertrag ratifiziert wird, aufgegeben haben. Es bestehe keine Aussicht, in diesem Punkte Uebereinstimmung zu erzielen. Man beabsichtige, in einer Erklärung darzulegen, daß die Demokraten und Republikaner keine Hoffnung mehr auf eine Ratifizierung des Friedensvertrages haben und ihn zur Streitfrage in der Präsidentschaft stellen.

— **(Ausweisung wegen Entfernung der Umhüllung vom Kaiser Wilhelm-Denkmal.)** Die „Grenzpost" meldet: Bei dem Einzuge der französischen Truppen in Hadersleben war das Denkmal Kaiser Wilhelms auf dem Südermarkt auf Veranlassung des tags zuvor eingetroffenen Kurieroffiziers mit Leinwand verhüllt. Nach dem Einzug der Franzosen wurde die Leinwand durch drei deutsche Arbeiter entfernt. Diese drei Arbeiter sind nunmehr durch die internationale Polizei verhaftet worden. — Zu der Angelegenheit wird aus zuverlässiger Quelle noch mitgeteilt, daß die Arbeiter, die in Nordschleswig nicht heimatsberechtigt sind und sich als Kommunisten bezeichneten, von der internationalen Polizei aus dem Abstimmungsgebiet ausgewiesen sind.

— **(Trimborn Parteivorsitzender.)** In der gestrigen Schlußsitzung des Zentrumsparteitages wurde der Abgeordnete Trimborn zum ersten Vorsitzenden der Zentrumspartei gewählt.

Westfalen und Rheinland.

Kamen, 23. Jan. (Verschiedenes.) Ueber die **Verleihung von militärischen Dienstauszeichnungen** enthält das Heeresverordnungsblatt neue wichtige Bestimmungen. Es handelt sich hier sowohl um die Weiter- als auch Nachverleihung sogenannter Friedensabzeichen — Dienstauszeichnungskreuz, Dienstauszeichnung 3., 2., 1. Klasse und Landwehrdienstauszeichnung 2. und 1. Klasse. Es sei jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß für bereits entlassene Heeresangehörige die Verleihung nicht ohne weiteres von Amts wegen erfolgt, sondern erst auf eigenen Antrag bei dem zuständigen Bezirkskommando (Versorgungsstelle), und zwar bis zum 1. Februar ds. Js. Spätere Anträge bleiben unberücksichtigt. Für nach dem 31. Juli 1919 zurückgekehrte Kriegsgefangene gilt als Schlußtermin für Einreichung der Anträge drei Monate nach Eintreffen des letzten Kriegsgefangenentransports in der Heimat.

*

Aufruf gegen den Umsturz.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen erläßt einen Aufruf, in dem es heißt: „Das Vaterland ist in Gefahr, mit ihm unsere liebe westfälische Heimat! Gewaltsamer Umsturz ist am Werke, uns noch weiter ins Elend zu bringen. Man will die aus freier und gleicher Wahl hervorgegangene Volksvertretung gewaltsam beseitigen und die Diktatur der Minderheit an ihre Stelle setzen. Das einzige, was uns im Lande, wie auch nach außen wieder vorwärts bringt und was uns retten kann, ist Ruhe, Ordnung und Arbeit. Keine übertriebenen Forderungen, die unser Wirtschaftsleben im ganzen heute nicht tragen kann. Helfen wir alle in Stadt und Land, brüderlich zusammenstehend ohne Unterschied der Parteien und Berufsstände, in treuer Hingabe an unser gemeinsames deutsches Vaterland, an unsere teure westfälische Heimat, den Zusammenbruch zu verhindern. Treten wir mannhaft dem Umsturz entgegen.

*

Die ersten zwei Züge mit Kriegsgefangenen aus Frankreich sind gestern morgen in Aachen eingetroffen. Der erste kam um 8 Uhr in Aachen an und fuhr nach Düren weiter; der zweite fuhr um ½11 Uhr nach Jülich. Auf dem Aachener Bahnhof hielten die Züge nur einige Minuten. Es fand keinerlei Empfang der Heimgekehrten, die durchweg Rheinländer sind, statt. Heute trifft noch ein Transport ein, der nach dem Durchgangslager Eschweiler geht. Bis auf weiteres kommt nach den genannten Durchgangslagern in der gleichen Reihenfolge täglich je ein Zug mit etwa 1000 Kriegsgefangenen an. Die Züge kommen mit mehrstündiger Verspätung, da durch das Hochwasser in Belgien Umleitungen nötig sind.

(Die Steuererklärung zur Kriegsabgabe.) In den Ausführungsbestimmungen der beiden Kriegsabgabegesetze vom 10. 9. 1919 war als Frist für die Abgabe der Steuererklärungen die Zeit vom 15. Dezember 1919 bis 5. Januar 1920 bestimmt worden. Diese Frist hat sich nicht einhalten lassen. Das Reichsfinanzministerium hat daher in den zu den genannten Gesetzen erlassenen Vollzugsanweisungen die Landesfinanzämter ermächtigt, die Frist zur Abgabe der Steuererklärung bis zum 15. Februar 1920 zu verlängern. Es darf angenommen werden, daß die Landesfinanzämter von dieser Befugnis Gebrauch machen werden.

Ueber die Stillegung wichtiger Fabriken infolge Kohlenmangels wird durch das Wolffbüro eine längere Zusammenstellung verbreitet. Nach derselben ruhen u. a. zahlreiche Fabriken von Sprengstoffen, Förderwagen, Bergwerksmaschinen, Armaturen, Wetterlampen, Teilen für Berieselungsanlagen, Grubenlokomotiven, alles Werke, deren Erzeugnisse allein für den Bergbau in Frage kommen. Wenn diese Fabriken nicht bald ihren Betrieb wieder aufnehmen können, kann die Rückwirkung auf den Steinkohlenbergbau nicht ausbleiben. In einigen Wochen werden die Gruben selbst wegen Mangels an notwendigem Material die Förderung einschränken müssen. Dann wird aber die für den Zechenbedarf arbeitende Industrie noch schlechter mit Kohlen versorgt werden. Inzwischen geht der Kohlenbergbau noch weiter zurück und die Katastrophe bricht mit Riesenschritten über uns herein.

(Die Elektrizitätsfrage.) In der letzten Sitzung des Bürger-Vereins betonte Herr Braß, daß, obwohl die Frage des elektrischen Stromes äußerst brenne und auseinanderlegte, daß die Zeche als billigste Strom-Lieferantin wohl nur in Frage komme, seit 1914 mit der Zeche seitens der Stadt nicht wieder in Verhandlungen getreten sei. Herr Müller erwiderte hierauf, daß die Stadt augenblicklich wieder mit der Zeche in Verhandlungen betr. Stromlieferung stehe. Herr Braß teilt uns hierzu mit, daß nach sofort eingezogenen Erkundigungen die Stadt bisher noch nicht wieder mit der Zeche in Verbindung trat und daß Herr Müller anscheinend falsch informiert wurde.

(Beförderung.) Durch Verfügung des Reichswehrministeriums — Heeresverwaltungsamt — vom 9. November 1919 wurde Herr Bankbeamter A. Heiminck, Sohn der Frau Wwe. Heiminck hier, zum Feldinspektor (Militärbeamter des früheren Beurlaubtenstandes im Offizierrang) befördert. Herr Heiminck nahm am Weltkriege 1914/18 vom Anfang bis zur Verwundung im November 1918 teil.

Dortmund, 22. Jn. Vor dem Schwurgericht stand vorgestern der 1892 geborene Bergmann Wilh. Krömer aus Altenderne unter der Anklage der versuchten Notzucht. Die Tat ist am 24. August 1919 auf dem Wege von Lünen nach Kirchderne geschehen. Die Geschworenen nahmen an, es liege eine tätliche Beleidigung vor. Das Urteil lautete auf 5 Monate Gefängnis.

Die Elektrisierung des Landkreises Hamm.

Die Versorgung der Stadt Kamen mit elektrischer Energie steht bei der ganzen Bürgerschaft im Vordergrunde des Interesses. Allseitig wird darauf hingewiesen, daß es das Weiterkommen unserer Stadt erfordert, umgehend an die Elektrisierung unserer Stadt heranzugehen. Wollen wir Industrie heranziehen, dann müssen wir Elektrizität haben. Interessant waren die Mitteilungen des Stadtv. Müller in der letzten Bürgervereins-Versammlung, wonach zwei größere Werke sich sofort hier niederlassen würden, wenn wir dieselben mit elektrischer Kraft versehen könnten. Da die Versorgung mit Elektrizität durch den Kreis in den Bereich der Betrachtungen gezogen wird, bringen wir nachstehenden Bericht nach der „Unnaer Zeitung":

Am 27. September v. J. hat der Kreisausschuß dem Kreistag eine Vorlage unterbreitet zwecks Versorgung des ganzen Kreises mit elektrischer Energie. Sehr richtig sagte damals der Kreisausschuß in seiner Vorlage: Wenn die einzelnen Elektrizitätswerke, wie das Gemeinde-Elektrizitäts-Werk Fröndenberg (G. E. F.), das städtische Elektrizitätswerk Dortmund, denn das Westfälische Verbands-Elektrizitäts-Werk (W. V. E.) und das Lippe-Elektrizitäts-Werk Uentrop (L. E. Ue.) den Kreis als Privatabnehmer mit elektrischer Energie versorgen, dann besteht die Gefahr, daß diese einzelnen Werke sich die besten und diejenigen Gemeinden aussuchen würden, aus denen der größte Gewinn zu erzielen ist, andere abgelegene und weniger leistungsfähige Gemeinden würden aber voraussichtlich überhaupt keine elektrische Kraft oder nur gegen große Opfer bekommen können. Der Kreistag werde irgendwelchen durchschlagenden Einfluß auf die Versorgung mit elektrischer Kraft nicht haben. Ganze Gemeinden würden heute schon, so z. B. Kamen, durch das W. V. E. eingekreist. Die Einkreisungspolitik habe uns ganz festgelegt, und wir könnten aus dieser Lage nur befreit werden, wenn der Kreis durch Schaffung eines eigenen Kreiselektrizitätswerkes eingreife.

Dieser an sich sehr großzügige Gedankengang war mit Freuden zu begrüßen. Auch haben die seinerzeit zur Begutachtung herangezogenen Sachverständigen großzügig durch Leitungsverbindung der einzelnen Werke die gemeinsame Versorgung des Kreises sicherzustellen versucht. Die Sachverständigen beabsichtigten sogar, Verträge mit den einzelnen Werken untereinander abzuschließen, nach denen diese verpflichtet werden sollten, zum Ausgleich Energie untereinander zu liefern. Im besonderen sollten aber die vorhandenen Wasserkraftanlagen der Ruhr und Lippe für die Versorgung herangezogen werden. Um nun den Anfang der Selbstversorgung zu machen, sollte der Kreis die einzelnen Werke, soweit sie käuflich sind, erwerben. Dieses traf insbesondere für das L. E. Ue. zu. In zweiter Linie war beabsichtigt, das G. E. Fr. zu erwerben, oder zum mindesten die beiden Unternehmen unter eine gemeinsame Leitung zu stellen. Sicher dachten die Gutachter: Wenn der Kreis erst einmal selbst als Erzeuger auftritt, so werden die privaten Elektrizitätswerke eher geneigt sein, gemeinsam mit der Konkurrenz Verträge über den Ausgleich und über die Begrenzung der Interessengebiete zu schließen. Der Kreisausschuß hat auch schon mit dem W. V. E. in diesem Sinne schwierige und langwierige Verhandlungen gepflogen. Ob der Kreisausschuß mit dem städtischen Elektrizitätswerk in Dortmund auch verhandelt hat, ist leider nicht festzustellen. Sicher ist dagegen nur: Der Kreisausschuß hat mit dem L. E. Ue. verhandelt und beabsichtigt, dort das Leitungsnetz für 700 000 Mark zu erwerben.

Das Leitungsnetz soll nun zum Teil aus Eisenleitungen und zum Teil aus Kupferleitungen bestehen. Nach den bisherigen Erfahrungen haben die Eisenleitungen nur eine Lebensdauer von nicht ganz zehn Jahren. Es würden bei diesem Leitungsnetzankauf darum schon in den nächsten Jahren, wenn die Eisenleitungen im Jahre 1914 eingebaut sein sollen, erhebliche Neubaukosten entstehen.

Aber der Leitungsankauf ist nicht Zweck der Uebung, und damit ist auch nicht das Endziel erreicht, sondern die Gutachter haben sehr richtig in der ersten Vorlage den Ankauf des ganzen Elektrizitätswerkes empfohlen. Leider will der Besitzer des Elektrizitätswerkes die Wasserkraft in Uentrop nicht verkaufen, sondern nur verpachten. Hier wäre die Frage aufzuwerfen, ob, wie die Gutachter schon richtig sagen, die von der Staatsregierung geplante Verstaatlichung der Elektrizitäts-Werke nicht beim Ankauf dieser Werke eine wesentliche Verbilligung ergeben würde.

Die Gutachter haben im September 1919 zur Durchführung des ganzen großzügigen Projektes drei Vorschläge aufgebaut: 1. Abschluß eines Vertrages mit den privatelektrischen Werken, wodurch in erster Linie eine Einheitlichkeit in der Versorgung des Kreises erreichbar, in zweiter Linie aber auch der Stromausgleich gesichert wird; 2. haben die Gutachter den Ankauf des L. E. Ue., 3. die Verbindung des Uentroper Werkes mit dem Fröndenberger Werke zum mindesten aber eine einheitliche Leitung dieser Werke verlangt.

Der Kreisausschuß sagte in der ersten Vorlage sehr richtig: Gegen die Ausführungen des Gutachtens lassen sich erhebliche Bedenken nicht erheben und ist den Ausführungen der Gutachten grundsätzlich beigetreten. Maßgebend hierfür war auch die Erwägung, daß die vorgeschriebenen Maßregeln untrennbare Teile eines großen Planes sind, und daß bei dem Ausfall eines dieser drei Teile weder die beiden andern, sicher aber nicht das ganze Ziel, eine Einheitlichkeit in der Versorgung des Kreises erreichbar würde. D. h. mit anderen Worten: die drei Bedingungen der Gutachter müssen alle drei erfüllt werden, sonst ist der Hauptzweck, die Einheitlichkeit, nicht erreicht.

Sehr richtig hat nun in der Sitzung vom 27. September der Kreistag beschlossen, es müsse noch eine Rentabilitätsberechnung aufgestellt, auch müsse mit den einzelnen Werken und Gemeinden noch verhandelt werden, und hat für diese Vorarbeiten einen Betrag von 20 000 Mark bewilligt. Der Kreisausschuß hat nun in der Zeit vom 27. September bis zum 23. Dezember erneut ein Gutachten eingezogen. In der neuen Vorlage beantragt der Kreisausschuß

1. Der Landkreis Hamm übernimmt die Versorgung des Kreises mit elektrischer Kraft in eigene Verwaltung.

2. Zur allmählichen Ausführung dieses Beschlusses soll das Leitungsnetz des L. E. Ue. zum Preise von 700 000 Mark angekauft werden.

3. Der Kaufpreis zuzüglich der durch den Ausbau des Netzes in den Gemeinden Werries, Braam-Ostwennmar, Mark und Nateln, sowie der durch Verbesserungen und Erweiterungen des bestehenden Netzes entstehenden Kosten im Betrage von 1 500 000 Mark soll aus den bei der Landesbank beruhenden bereiten Mitteln aufgebracht werden.

4. Die mit der Stadt Hamm, dem L. E. Ue. und dem E. W. F. abzuschließenden Verträge werden genehmigt.

5. Der evtl. Verkauf des im Kreise Soest belegenen Teiles des Leitungsnetzes des L. E. Ue. an den Kreis Soest wird genehmigt. Der Kreisausschuß erhält zum Abschluß des Vertrages ausdrücklich Vollmacht.

6. Im übrigen wird dem Kreisausschuß zur Durchführung des erstehenden Beschlusses General- und Spezialvollmacht erteilt.

Der Kreistag hat hierüber zu beschließen.

Der Kreisausschuß hat dieser neuen Vorlage vom 23. Dezember ein Gutachten vom 27. Oktober und wahrscheinlich auch ein Ergänzungsgutachten vom 28. Dezember zu Grunde gelegt. Diesem fügt der Kreisausschuß einen Gemeinderatsbeschluß von Fröndenberg vom 20. Oktober 1919, einen Vertragsentwurf mit dem städtischen Elektrizitäts-Werk Hamm, einen Kaufvertrag und einen Lieferungsvertrag mit dem Freiherrn von der Recke bei.

Leider ist bei dieser zweiten, am Donnerstag zur Verhandlung stehenden Vorlage das erste großzügige Projekt, nicht nur zur Verwirklichung gekommen. Auch setzt der Kreisausschuß sich in seinem ersten Antrage, der Landkreis Hamm übernimmt die Versorgung des Kreises mit Elektrizität in eigene Verwaltung, über die Schwierigkeiten, die sich mit der allmählichen Durchführung des Beschlusses ergeben sollen, hinweg. Denn um den Landkreis Hamm mit eigener elektrischer Kraft zu versorgen, müßte doch vorher mit den großen privaten Elektrizitäts-Werken verhandelt werden, damit ein Vertrag über eine Einheitlichkeit in der Versorgung des Kreises abgeschlossen werden kann. Wir glauben sehr wohl, daß dieses die schwierigste Aufgabe der Vorlage ist. Aber die schwierigen Verhandlungen, nämlich mit dem W. V. E. und dem städtischen Elektrizitätswerk in Dortmund, würden sich lohnen. Leider hat der Kreisausschuß in der neuen Vorlage den großzügigen Plan verlassen und will nur ein kurzes Leitungsnetz, in der Nord-Ost-Ecke des Kreises gelegen, zum Preise von 700 000 Mark ankaufen. Er beabsichtigt, auch weitere nahe gelegene Gemeinden mit Strom zu versorgen. Aber die Hauptsache, die Versorgung des größten Teiles einheitlich durchzuführen, wird in der neuen Vorlage leider nicht berührt.

Der von den Gutachtern angeführte Stromausgleich mit dem W. E. V., soll nun durch Stromankauf von der Stadtgemeinde Hamm ersetzt werden, sodaß im Ganzen für die in der Nord-Ostecke des Kreises gelegenen Orte unter Ausschließung des Pumpwerkes Werries nur etwa 350 000 Kilowattstunden Strom abgegeben werden sollen.

Das mit so großen Hoffnungen begonnene Werk ist also auf ein kleines Stückwerk zusammengeschmolzen. Aber wenn man auch dieses Stückwerk einmal kritisch betrachtet, so läßt sich dazu noch eine Reihe von technischen Ausführungen geben, die zum mindesten eine sachliche Prüfung der letzten Vorlage rechtfertigen. Z. B.: Im Ergänzungsgutachten vom 28. Dezbr. rechnet der Sachverständige mit 6,4 Prozent Zinsen und Tilgung. Nach unserm Ermessen reicht dieser Satz bei weitem nicht aus, um ein Leitungsnetz nach Ablauf der Lebensdauer erneuern zu können, zumal wenn man bedenkt, daß in der Gesamtleitung über acht Kilometer Eisendraht enthalten sind.

Aber auch die Zahlen, die dem Gutachten zu Grunde liegen, scheinen doch sehr mit der rosenroten Brille betrachtet zu sein. Der Gutachter rechnet mit einer Ausgabe für Strom von rund 23 Pfennigen für die Kwst. von der Stadt Hamm gekauft unter der Voraussetzung, daß ein Kohlengrundpreis von 72,48 für die Tonne zu Grunde liegt. Bei Erhöhung oder Ermäßigung des Kohlengrundpreises tritt aber eine entsprechende Erhöhung oder Ermäßigung des Strompreises ein. Dieser Erhöhungsmaßstab beträgt zur Zeit 0,2 Pfg. pro Kwst. und 1 Mark Kohlentonne. Heute kostet eine Tonne Kohlen aber nicht 72,48 Mark, sondern etwa 120 Mark. Die Kwst. von Hamm bezogen, würde demnach nicht rund 23 Pfg., sondern rund 33 Pfg. kosten. Die Ausgaben werden dadurch sich erheblich erhöhen. Aehnlich ist der Ausgabeposten der 500 000 Kwst. von der Zentrale in Uentrop. Der Gutachter rechnet 8 Pfg. für die Kwst. Nach Paragraph 5 des Kaufvertrages mit dem Freiherrn von der Recke trägt diesem Preise von 8 Pfennigen pro Kwst. aber nur der ortsübliche Tagelohn von 12 Mark in Hamm zu Grunde. Für jede angefangene Mk. Lohnerhöhung über 12 Mk. wird ein Aufschlag von 0,3 Pfg. für eine Kwst. berechnet. Dieses würde, da der ortsübliche Tagelohn in Hamm heute höher als 12 Mark steht, demnach eine Erhöhung des Stromeinkaufspreises auf 10 bis 15 Pfennigen bedeuten. Da nun der Gutachter nicht gleichfalls den Verkaufspreis erhöht hat, so ist es ausgeschlossen, daß er einen Ueberschuß von 69 000 Mark erhält. Damit würde auch eine Verzinsung und Tilgung von 6,4 Prozent nicht mehr erreicht werden, und der an sich schon viel zu geringe Tilgungsmaßstab würde ganz verschwinden.

Nun gäbe es wohl eine Lösung, um den Ueberschuß zu erreichen, indem man die Stromverkaufspreise entsprechend erhöht. Hierbei ist aber zu bedenken, daß die größeren Privatwerke, das W. V. E. und das städt. Werk Dortmund, den Strom weit billiger liefern können, als das Kreis-Elektr.-Werk. Es bliebe dann die Frage offen, wie es kommt, daß das Kreis-Elektr.-Werk so außergewöhnlich hohe Stromverkaufspreise haben muß.

Auf die vielen technischen Einzelheiten der Vorlage einzugehen, überschreitet den Rahmen dieser kurzen Betrachtung. Aber eins sei noch betont. Es ist zu befürchten, daß der Kreis bevor er mit der Stromabnahmelieferung beginnt, erhebliche Kosten zu tragen hat, die im Gutachten an keiner Stelle in Rechnung gestellt sind. Siehe den Paragraphen 1 des Hammer Vertrages. Dem Leser der Vorlage muß es ferner auffallen, daß in dem Kaufvertrag mit dem Freiherrn von der Recke immer nur von den Pflichten des Kreises die Rede ist, nämlich, daß er den Strom mit acht Pfennigen pro Kwst. zu bezahlen hat. Von einer Pflicht der Gegenpartei, wie z. B.: die gesamten Krafterzeugungsanlagen in einem betriebsfähigen Zustande zu erhalten, ist dagegen nicht die Rede.

Sehr eigenartig berührt der Paragraph 5 a im Lieferungsvertrage mit dem Freiherrn von der Recke. Nachdem im Paragraphen 5 der Kreis Hamm verpflichtet ist, den Strompreis mit acht Pfg. pro Kwst. zu bezahlen, darf der Kreis Hamm nach Paragraph 5 a auch noch das Betriebspersonal und die Betriebsmaterialien bezahlen. Auch darf er dem Freiherrn von der Recke eine jährliche Pauschalsumme von 20 000 Mark zahlen; dafür erhält er das Recht, den Betrieb der Wasserkraft selbst zu übernehmen. Alle übrigen Bestimmungen des Betrages werden aber hierdurch nicht berührt, d. h., also, er muß nach wie vor auch noch an den Freiherrn von der Recke acht Pfennig für die Kwst. weiter zahlen.

Nach all dem Gesagten drängt sich die Frage auf, ob der Kreistag dem letzten Antrage des Kreisausschusses, ihm weitgehendste Vollmachten zu erteilen, zustimmen kann. Wir meinen, daß der Kreistag, das erste, so großzügig angelegte Projekt der Vereinheitlichung in der Stromversorgung des Kreises wieder aufnehmen sollte, daß also dieses zweite, das Teilprojekt, solange zurückgestellt werden könnte. Auch wäre zu erwägen, ob es sich nicht empfiehlt, zuerst mit den großen privaten oder städtischen Elektrizitätswerken zwecks Vereinheitlichung zu verhandeln. Sollten diese Verhandlungen nicht zu einer Einigung führen, so wäre vielleicht das schon in der Schwebe befindliche Sozialisierungsgesetz für elektrische Energie abzuwarten.

Es ist von Interesse, bei dieser Gelegenheit zu erfahren, wie sich die beiden Städte des Landkreises Hamm zu der Vorlage stellen. Schon in der Sitzung am 27. Sept. 1919 erklärte der Bürgermeister Dr. Wiesner-Kamen, daß der Kamener Magistrat die Vorlage (die damalige erste) ablehne.

Der Magistrat der Stadt Unna hat in diesen Tagen zu dieser zweiten, morgen zur Verhandlung stehenden Vorlage Stellung genommen und beschlossen, daß er sich an den Kosten dieses Projekts finanziell nicht beteiligen könne, weil die Stadt Unna an der Durchführung der Vorlage garnicht interessiert sei.

Diese Stellungnahme der beiden Städte ist jedenfalls bezeichnend.

Die Bestimmungen der Alliierten unabänderlich.

(TU) **Karlsruhe**, 22. Januar. Das Pariser Journal meldet, daß die Sitzung der Vertreter der Alliierten sich mit der angekündigten deutschen Protestnote gegen die rheinländischen Bestimmungen befaßt hat. Obwohl die deutsche Note noch nicht im Wortlaut vorlag, bestand keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Bestimmungen der Alliierten hinsichtlich der besetzten Gebiete endgültig u. unabänderlich seien.

Alters- und Familienzulagen für Beamte.

(TU) **Berlin**, 22. Jan. Zur Neuregelung der Beamtengehälter beantragte der Ausschuß für Bevölkerungspolitik in der preußischen Landesversammlung neben einer angemessenen Berücksichtigung des Alters durch Alterszulagen vornehmlich den Familienstand zu berücksichtigen und bei Gründung einer Ehe Familienzulagen nach der Zahl der Kinder zu gewähren.

Verkehrsbeschränkung in Hamburg.

(TU) **Hamburg**, 22. Jan. Vom Freitag ab wird der Verkehr der Straßenbahn, der Hochbahn und der Stadtbahn auf die Zeit von 5 bis 10 Uhr vormittags beschränkt. Während des übrigen Teiles des Tages ruht der Verkehr vollständig.

(W) Die Hamburger Gewerbekammer hat beim Reichskanzler einen scharfen Protest wegen der Streckensperre eingelegt, da Gas- und Elektrizitätswerke sofort den Betrieb einstellen und 10 000 von Arbeitern entlassen werden müßten. Bei der bestehenden Gärung seien Unruhen schlimmster Art zu befürchten. Bei Industrie, Handwerk und Arbeiterschaft und der ganzen Bevölkerung erregte die Behandlung von Hamburg den größten Unwillen. — Der Vorstand des sozialdemokratischen Vereins und Redaktion des Hamburger Echo haben in gleichem Sinne an den Reichskanzler gedrahtet.

Auf dem Dache erwischt.

(W) **Bremen**, 22. Januar. Der Kommunistenführer Dr. Levi aus Berlin, der in Bremen in einer von der kommunistischen Partei einberufenen Volksversammlung sprach, wurde gestern verhaftet. Levi versuchte beim Erscheinen der Beamten zu entkommen, wurde aber auf dem Dache des Hauses festgenommen. Es verlautet, daß die Verhaftung mit den letzten Demonstrationsvorgängen in Berlin zusammenhänge.

*

Kleine Nachrichten.

Der Riß im bayrischen Zentrum wird immer größer. Domkapitular Hebel, Mitglied der Nationalversammlung, ist wegen der Lösung der Verbindung der bayrischen Volkspartei mit dem Zentrum des Reichstages aus der Nationalversammlung ausgeschieden und hat sein Mandat niedergelegt.

Im Prozeß gegen den Wendenführer Barth wurde vom Reichsgericht das Urteil gefällt. Der Angeklagte wurde wegen versuchten Landesverrats und wegen versuchter Anstiftung zum Briefschmuggel zu 3 Jahren Festungshaft und Verlust der Aemter verurteilt.

Nach dem Berl. Lok.-Anz. ist der verhaftete Redakteur der Rätezeitung Dr. Alphons Goldschmidt wieder aus der Haft entlassen worden.

Infolge Uebernahme der Verwaltung des polnischen Gebietes durch die Polen ist am 20. Januar der gesamte Personen- und Güterverkehr auf der Strecke Schneidemühl, Bromberg, Thorn, Schönsee bis auf weiteres gesperrt worden.

Aus Lugano wird gemeldet: Die Antwort der Südslaven auf den Ausgleichsvorschlag des Dreirates bezüglich Fiumes, das unter die Souveränität Italiens fallen soll, lautet ablehnend.

Stimmen aus dem Publikum.

(Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.)

(Eingesandt.)

Kamen, 23. Jan. Verein für Frauen-interessen — das ist ein neuer Gedanke, der anscheinend in vielen Köpfen viel Verwirrung hervorruft. Es schwirren durch unser Kamen die verwegensten Gerüchte! Da soll eine Sitzung am 2. Weihnachtsfeiertage stattgefunden haben, in der den Dienstmädchen der Achtstundentag gepredigt ist und ungeheure Lohnforderungen beantragt worden sind. Natürlich ist kein einziges wahres Wort an der Sache! Aber es soll ernsthafte Leute geben, die darüber lange ernsthaft debattiert haben. Recht schade um die schöne verlorene Zeit, denn sie sind einer böswilligen Lüge zum Opfer gefallen. Wir leben in einer Zeit, die uns schon gelehrt hat, daß mit bloßen eigensüchtigen Forderungen ohne Leistungen keinem Menschen geholfen ist. Unser Interesse muß heute heißen: Allgemeine ernste Arbeit. Viele Menschen denken: Frauen-interessen müßten eng begrenzt sein. Ich sage: Frauenninteressen müssen so hoch und so weit sein, wie höchste Kultur es verlangt. Wir müssen lernen, daß nicht nur wirtschaftliche, sondern die geistigen Interessen allein im Stande sind, uns über die entsetzliche Not und Demütigung, durch die wir augenblicklich in Deutschland waten, hinwegzutragen. Der Verein für Frauen-interessen muß daher dem Bildungsbedürfnis der weiblichen Jugend, den Anforderungen an freundschaftliches Zusammenleben entgegenzukommen suchen. Diese Verfolgung unserer Frauenideale läßt kein Verständnis für Klatschsucht und übelwollende Nachrede zu. — Die Notwendigkeit der Gründung eines solchen Vereins dürfte für Kamen wohl nicht von vornherein gänzlich abzuweisen sein.

Verein für Frauen-Interessen.
Frau Timper-Anderson, Vorsitzende.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Sonntag, 25. Jan. Pauluskirche. 10 Uhr: Pastor Philipps. 11 Uhr: Repräsentantensitzung. Kindergottesdienst fällt aus. — Lutherkirche. 9 Uhr: Pastor Ewald. — Kirchentaufen. Sonntag 3 Uhr und Dienstag 4¼ Uhr in der Lutherkirche, Pastor Gieseking.

Altkatholische Gemeinde. Bahnhofstr. 18.

Sonntag, 25. Jan., morgens 11 Uhr: Deutsche heil. Messe mit Predigt (Pfarrer Moog aus Dortmund).

Gottesdienstordnung der ev. Gemeinde Rünthe.

Sonntag, 25. Jan. Rünthe. 9½ Uhr: Gottesdienst, Pastor Werner. 10½ Uhr: Kindergottesdienst. 11 Uhr: Taufen. — Werne. 10 Uhr: Gottesdienst, Pastor Goßlich. 11 Uhr: Kindergottesdienst. 11½ Uhr: Taufen.



Heute vormittag 11½ Uhr starb unerwartet nach kurzer Krankheit unser innigstgeliebtes

Minchen

im 24. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen:
Familie Albert Karrenberg
Emil Nielinger
Familie Wilhelm Nielinger, Werwe.

Kamen, den 22. Januar 1920.

Die Beerdigung findet Montag, den 26. Januar, nachmittags 4 Uhr, vom Sterbehause, Weststraße 75, aus statt. 290

Kaninchen-Zucht-Verein
Kamen u. Umgegend.
Sonntag, den 25. Jan. 1920, nachm. 4 Uhr, im Vereinslokal
Generalversammlung
N. B. Verteilung von Kleie daselbst.
Um vollzähliges Erscheinen bittet 288
Der Vorstand.

Ev. Frauenhülfe
Kamen.

Zu der am **Sonntag, den 25. Jan., nachm. 4 Uhr**, im Gemeindehause stattfindenden

General-Versammlung

werden unsere Mitglieder hierdurch freundlichst eingeladen.

Tagesordnung:
1. Jahres- u. Kassenbericht.
2. Vortrag des Herrn Lehrer Altena.
„Christliche Jugenderziehung in Familie und Schule."
3. Verschiedenes.

272 Der Vorstand.

Sport-Verein 1913 e. V. Kamen.

Zu der am **Montag, den 26. Januar, abends 8 Uhr**, bei Reinhard stattfindenden

Haupt-Versammlung

wird hiermit eingeladen.

Tagesordnung:
1. Bericht über das abgelaufene Jahr.
2. Kassenbericht.
3. Wahl des Vorstandes.
4. Aufnahme neuer Mitglieder.
5. Verschiedenes. 292

Der Vorstand.
J. A.: Dr. Everlien, 1. Vorsitzender.

Bekanntmachung

über Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Gerste.

Das Reichswirtschaftsministerium hat durch Verordnung vom 18. Dezember 1919 die Zahlung von Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Gerste angeordnet.

Die Errechnung und Auszahlung der Prämie erfolgt gesondert für Brotgetreide sowie für Gerste.

Die Zahlung beginnt mit Erfüllung von 70 v. H. der Mindestablieferungsschuldigkeit. Die Prämie wird, wenn dieser oder inzwischen ein höherer Prozentsatz erreicht ist, rückwirkend auf die insgesamt abgelieferten Mengen bezahlt. Sie beträgt bei Erfüllung von wenigstens 70 v. H. der Mindestablieferungsschuldigkeit 2 Mark für jeden Zentner. Für Mengen, die über 70 v. H. der Mindestablieferungsschuldigkeit hinaus abgeliefert werden, erhöht sich die Präminie wie folgt:

Bei Erfüllung von über 70 v. H. der Mindestablieferungsschuldigkeit erhält jeder Landwirt außer dem gesetzlichen Höchstpreis
1. für jeden über 70 v. H. abgelieferten Zentner 2 Mk. und, sobald 80 v. H. erreicht sind, weitere 2 Mk.
2. für jeden über 80 v. H. abgelieferten Zentner 4 Mk. und, sobald 90 v. H. erreicht sind, weitere 2 Mk.
3. für jeden über 90 v. H. abgelieferten Zentner 6 Mk. und, sobald 95 v. H. erreicht sind, weitere 2 Mk.
4. für jeden über 95 v. H. abgelieferten Zentner 8 Mk. und, sobald 100 v. H. erreicht sind, weitere 2 Mk.
5. für jeden über 100 v. H. abgelieferten Zentner 10 Mk. und, sobald 105 v. H. erreicht sind, weitere 2,50 Mk.
8. für jeden über 105 v. H. abgelieferten Zentner 12,50 Mk. und, sobald 110 v. H. erreicht sind, weitere 2,50 Mk.
7. für jeden über 110 v. H. abgelieferten Zentner 15 Mk.

Die Berechnung der Mindestablieferungsschuldigkeit erfolgt an Hand der Wirtschaftskarten unter Zugrundelegung des von der Reichsgetreidestelle festgesetzten Ernteertrages. Das nach der Ernteschätzung festgestellte Ernteergebnis soll bei der Berechnung berücksichtigt werden. Jedem Erzeuger wird die Mindestablieferungsschuldigkeit durch den zuständigen Amtmann (Bürgermeister) schriftlich mitgeteilt. Gegen die Höhe der Mindestablieferungsschuldigkeit können die Erzeuger innerhalb 14 Tagen nach Zustellung des Benachrichtigungsschreibens des Amtmanns (Bürgermeisters) Einspruch erheben. Nach dieser Frist eingehende Einsprüche können nicht mehr berücksichtigt werden.

Die Erzeuger werden nunmehr ersucht, ihre Getreidevorräte so schnell als möglich auszudreschen und abzuliefern, um dem bestehenden großen Mangel an Brotgetreide begegnen zu können. Da die Prämie rückwirkend für alle abgelieferten Mengen (vorausgesetzt, daß 70 v. H. des auferlegten Solls erfüllt sind) bezahlt wird, entstehen für den Erzeuger hierdurch keine Nachteile. Die vorhandenen Vorräte an Getreide sind nunmehr bis spätestens 15. Februar auszudreschen und bis zum 20. Februar zur Ablieferung zu bringen. Anträge auf Verlängerung der Druschzeit können nur genehmigt werden, wenn besonders stichhaltige Gründe vorliegen (Benzol-, Strom-, Kohlenmangel usw.). Sofern ein Antrag auf Verlängerung der Druschzeit bis zum 10. Februar nicht vorgelegt worden ist, muß, wenn der Ausdrusch des Getreides bis zum 15. Februar 1920 nicht erfolgt ist, der zwangsweise Ausdrusch vorgenommen werden.

Hamm, den 16. Januar 1920.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses:
Schulze-Pelkum.

Amt Unna-Kamen.

Aufruf!

Die Reichsregierung hat dem einstimmigen Beschluß der Nationalversammlung auf Linderung der Hungersnot in Deutschösterreich, insbesondere der Stadt Wien, trotz der eigenen Notlage in Deutschland Rechnung getragen und die notwendigsten Mehlmengen den Stammesbrüdern zur Verfügung gestellt.

Wie es in diesen Gebieten aussieht und welche Opfer die dort herrschende Hungersnot schon gefordert hat, haben uns die Zeitungen schon wiederholt wissen lassen, weshalb der Schritt der Regierung nur anerkannt werden kann.

Die aus Anlaß dieser Hilfsaktion aufgewendeten Mehlmengen müssen nach dem Beschlusse der Nationalversammlung wieder eingespart werden, und zwar wird dieses bezüglich der Versorgungsberechtigten noch besonders geregelt werden. Dabei ist als selbstverständlich vorausgesetzt worden, daß die Selbstversorger sich von dieser Hilfsaktion zu Gunsten der deutschen Brüder in Oesterreich nicht werden ausschließen wollen, daß sie vielmehr von der ihnen zustehenden Ration eine bestimmte Getreidemenge in Natur — Körner — (mindestens ½ Pfund pro Kopf) zur Ablieferung bringen.

An die Selbstversorger des Amtsbezirks ergeht daher meine dringende Bitte, den auf sie entfallenden Teil bis spätestens zum 1. Februar 1920 an die nachbenannten Sammelstellen abzuliefern.

Gemeinde Afferde beim Gemeinde-Vorsteher Lindemann,
Gemeinde Heeren-Werwe Abholung durch den Gemeindediener,
Gemeinde Hemmerde beim Gemeindevorsteher Grube,
Gemeinde Lünern beim Kaufmann Friedrich Bleidick,
Gemeinde Massen beim Wirt Friedr. Markmann,
Gemeinde Methler beim Gastwirt Heinrich Budde,
Gemeinde Mühlhausen beim Gemeinde-Vorsteher Däing,
Gemeinde Niederaden bei der Wirtin Wwe. Weber,
Gemeinde Oberaden beim Müller Albert,
Gemeinde Siddinghausen beim Gemeinde-Vorsteher Düllmann,
Gemeinde Stockum beim Kolonialwarenhändler Karl Dreischer,
Gemeinde Südkamen beim Wirt Friedrich Düselshöft,
Gemeinde Uelzen beim Gemeinde-Vorsteher Holtmann,
Gemeinde Wasserkurl beim Gemeindevorsteher Hugo,
Gemeinde Weddinghofen beim Kleinhändler Dickmann,
Gemeinde Westhemmerde beim Gemeinde-Vorsteher Schulze-Beckinghausen,
Gemeinde Westick beim Landwirt Wilh. Koch.

Ueber die abgelieferten Mengen werden von der Sammelstelle Empfangsbescheinigungen ausgestellt werden, die die Selbstversorger dann bei der Ausstellung der nächsten Mahlkarten vorlegen müssen.

Ich bitte dringend darum, den festgesetzten Termin zur Ablieferung innezuhalten.

Unna, den 19. Januar 1920.

Der Amtmann: Lehmhaus

Tinten
zu haben in der
Buchhandlung der „Kamener Zeitung."

Die Verlobung
ihrer einzigen Tochter Trudchen mit Herrn Ernst Rumpff beehren sich anzuzeigen

Robert Skrzypczak und Frau
Berta geb. Burow.

Berlin N. O. 18, Lebuserstr. 10.

Meine Verlobung
mit Fräulein Trudchen Skrzypczak beehre mich ergebenst auzuzeigen

Ernst Rumpff

Kamen i. W., Nordenmauer Nr. 50.

— Januar 1920. —

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen, auch dem Knappen- und Turnverein Südkamen, insbesondere aber Herrn Pastor Ewald für seine trostreichen Worte am Grabe, unsern innigsten **Dank.** 286

Kamen, im Januar 1920.

Familie Suppert.

Das stolze Schweigen

Roman von H. Courths-Mahler.

75. Fortsetzung.

Aber ehe sie es noch recht begriff, hatte er sich schon wieder in der Gewalt und wandte sich von ihr ab.

Aber in ihrem Herzen zitterte die Erinnerung an diesen Blick nach.

„Es ist gar nicht vermessen, Fräulein Ruth, Sie können sich ruhig auch nach dem berühmten Sänger hören lassen — sonst hätte ich Sie nicht darum gebeten", erwiderte indessen Mr. Sund.

„Jawohl, das kann ich bestätigen, mein gnädiges Fräulein. Ich habe Sie ja schon verschiedentlich singen hören und darf mir ein Urteil erlauben", bestätigte der Professor, der neben Mr. Sund stand.

Und sich nach Hans von Rainsberg umwendend fuhr er fort: „Nicht wahr, Herr Doktor — Sie können das auch bezeugen."

Hans wandte sich zu ihm um.

„Was soll ich bezeugen, Herr Professor?"

„Daß Fräulein von Goseck eine wundervolle Stimme hat und sich in jedem Konzertsaal hören lassen kann."

Hans verneigte sich.

„Gewiß, das kann ich bestätigen", sagte er, ohne Ruth anzusehen.

Nun war auch der Tenor aufmerksam geworden und behauptete liebenswürdig, das gnädige Fräulein habe nun einfach die Verpflichtung zu singen.

Miß Grace faßte Ruth einfach am Arm und zog sie an den Flügel.

„Sie singt, wie ein Nachtigall! Liebes Fräulein Ruth, man muß nicht verstecken so ein schönes Gesang, sondern allen Menschen damit machen eine große Freude. Bitte — singen Sie — ich selbst werde Sie begleiten."

Und so half Ruth alles Zögern nichts, sie mußte singen.

Eine Weile blätterte sie in den Noten und legte dann ein Blatt vor Miß Grace hin. Diese war eine vorzügliche Klavierspielerin und hatte Ruth schon oft begleitet zu ihren Liedern. Sie begann sogleich das Vorspiel und dann fiel Ruths süße volle Stimme ein:

„Eine Blume blühte am Gartenzaune,
Da jagte der Sturmwind, in toller Laune,
So wild und frei,
Vorbei.

Er hatte die Blume ans Herz gedrückt,
Mit spielenden Händen abgepflückt.
Sie hat an seinen Küssen
Sterben müssen.

Der Sturmwind aber, der lose Wicht,
Er achtet ihrer Schmerzen nicht,
Hat längst sie unterdessen
Vergessen."

Stolz und ruhig stand sie da in ihrem weißen Kleide, die goldene Flechtenkrone auf dem Haupte. Und aus ihren Gazellenaugen leuchtete das Leid, das die Menschen reift.

Hans konnte den Blick nicht von ihr losreißen. So edel und vornehm war die ganze Erscheinung. Er konnte es nicht fassen, daß in einer so wunderschönen, engelgleichen Hülle eine niedrige, berechnende Seele wohnte.

„Wie soll man noch an einen Menschen glauben, wenn diese Augen lügen, die so stolz und rein blicken. Und doch lügen sie — sie haben nur gelogen, wenn sie mir in heißbrünstiger Zärtlichkeit entgegen leuchteten. In einem Spiegel glaubte ich zu blicken und sah doch nur in einen Abgrund von Lüge und Heuchelei. Ich muß mein Herz von ihr losreißen, muß über diese Schwäche Herr werden — ich muß — und ich will."

So dachte er.

Und er ahnte nicht, daß sie nur für ihn gesungen hatte, daß ihr Lied ein heißer, schmerzlicher Vorwurf für ihn war. Wie hätte er dies Lied auf sich beziehen können. Er konnte sich nicht getroffen fühlen.

Alle waren ehrlich entzückt von Ruths Gesang. Von allen Seiten bestürmte man sie um eine Zugabe und der Tenor versicherte ihr, daß sie ein Stern erster Größe am Kunsthimmel werden könne, wenn sie sich entschließen würde, Sängerin zu werden.

Hans von Rainsberg hörte das und er sah, wie ein schattenhaftes Lächeln dabei um Ruths Mund huschte. Er meinte, es sei ein spöttisches Lächeln gewesen.

„Sie weiß ja, daß sie es nicht nötig haben wird, Sängerin zu werden, um eine Rolle zu spielen. Sie wird ja Majoratsherrin. Lieber verkaufte sie ihre ganze Person, als daß sie für Geld singt", dachte er bitter.

Ruth sang ein zweites Lied. Es war eine weiche, sehnsuchtsvolle Klage von verratener Liebe, von Scheiden und Meiden. Es war, als wenn Tränen durch ihre Stimme zitterten.

„Mein Lieb ist falsch — ach wär' ich tot."

Als sie geendet hatte, war es eine Weile ganz still. Die Zuhörer standen unter dem Banne dieser schmerzvoll süßen Mädchenstimme.

Hans biß die Zähne zusammen und wandte sich ab. Er wehrte sich gegen den Zauber, den ihr Gesang trotz allem auf ihn ausübte.

Und grollend fragte er sich, ob sie ihn mit ihrem Lied verspotten wollte. Er hatte freilich ein Recht, zu sagen: „Mein Lieb ist falsch."

(Fortsetzung folgt.)

Preiswerte Angebote

Herren-Artikel

Leinen-Kragen mit umgelegten Ecken, in allen Größen	6.50
Leinen-Kragen Stehumleg, prima in allen Größen	9.25
Manschetten in allen Größen, prima Leinen	3.90
Ober-Hemden prima Percal, mit weichen Manschetten	48.50
Herren-Socken schwarz, besonders preiswert	6.75
Herren-Socken braun, reine Wolle	9.75
Herren-Socken grau, schwere Ware	12.00
Hosenträger prima Qualität	7.75
Herren-Handschuhe gestrickt, besonders haltbar	10.50
Herren-Handschuhe gewebt, in allen Farben	11.00
Herren-Handschuhe weiß gewebt	7.50
Socken-Halter für Herren	2.95

Kragenknöpfe — Manschettenknöpfe — Hosenträgerersatzteile

Herren-Hemden, -Joppen, -Hosen

Herren-Hemd prima Nessel	19.50
Herren-Hemd Normal mit Einsatz	20.50
Herren-Hemd prima Normal	22.30
Herren-Unterhosen Ia. Qualität	24.50
Herren-Hosen gute Ware	23.25
Herren-Hosen Garantie für gute Näharbeit	36.50
Herren-Hosen grau gestreift, engl. Leder	43.00
Herren-Hosen aparter Streifen	49.50
Herren-Hosen prima Ware	59.50
Herren-Hosen extra gut	71.00
Herren-Joppen besonders gute Qualität	58.50
Herren-Joppen prima Verarbeitung	43.50
Herren-Sweater	19.50

Krawatten in grosser Auswahl.

SANDER & CO.

Bahnhofstrasse 7. KAMEN Bahnhofstrasse 7.

Telegramm!

Ein Appell an die werten Bürger des ganzen Kirchspiels Methler und Umgegend.

Der Dilettanten-Verein „Frohsinn"

Kaiserau-Methler

begeht am **Sonntag, den 25. Januar 1920,** im Lokale der Frau Ww. Sorge zu Methler, seinen

25. Wohltätigkeits-Abend

bestehend in

Theater und Ball.

Dieser Abend ist für sämtliche angemeldete heimgekehrte Kriegsgefangenen des ganzen Kirchspiels Methler bestimmt. Sämtliche nehmen an dieser Feier teil. Der Reinertrag wird am Schluß der Festlichkeit an die Kriegsgefangenen verteilt. Deshalb bitten wir die werten Bürger, alle die Kameraden, die jahrelang hinter dem Stacheldraht schwere Stunden verlebt haben, durch möglichst vollzähliges Erscheinen zu unterstützen.

Eintrittspreis Vorverkauf 1,50 Mk. á Person, an der Kasse 2 Mk.

Der Verein, der durch sein hervorragendes Spielen in der ganzen Umgebung bekannt ist, wird auch diesmal mit einem vollständig neuen Programm auftreten.

Programm:

Festrede!

Theaterstücke:

1. **Der Willkür geopfert,** 1 Akt
2. **Blut und Kreuz,** Drama
3. **Die Wette,** Lustspiel
4. **Eine Gemeinderatssitzung,** Lustspiel
5. **Ein Winzerfest,** auf vielseitiges Verlangen, 30 Spieler.

Duetts:

1. **Die Verbannten**
2. **Im 7ten Himmel**
3. **Großstadtleben**
4. **Richter und Trichter**
5. **Ein Verhör auf der Landstraße.**

Couplets:

1. Prolog
2. Rätsel-Couplet
3. 8 Stundentag
4. Die Menschen sind nun einmal so
5. Es wird immer schöner auf der Welt
6. Auf'm Rücken — auf der Seite — auf'm Bauch
7. Heimkehr vom Maskenball.

Kassenöffnung 2 Uhr. **Anfang des Theaters 3 Uhr.**

8 Uhr abends:

Großer Fest-Ball!!

Im Interesse der guten Sache bitten wir alle werten Besucher, die Kinder von der Festlichkeit fernzuhalten, da dieselben unter keinen Umständen zugelassen werden. Erwähnt sei noch, daß der große Saal vollständig neu dekoriert ist. Es sichere sich jeder frühzeitig einen Platz. Für 1000 Sitzplätze wird garantiert.

Es ladet freundlichst ein 277

Das Festkomitee. **Der Vorstand**

Anzeigen aller Art inseriert man erfolgreich in der **Kamener Zeitung.**

Mädchen

von 16—18 Jahren für Haus- u. Gartenarbeit sofort gesucht. 264

Königstraße 3.

Kamener Lichtspiele.

Morphium? ? ?

Suche für sofort od. 1. Februar gegen hohen Lohn tüchtiges

Mädchen

welches melken kann u. Gartenarbeit versteht, älteres bevorzugt. 289

Frau H. Schaeper, Werne a. d. Lippe, Bohnenstraße.

Ein guter, vierzölliger

Wagen

gegen einen dreizölligen umzutauschen.

Hegemann, 250 **Weddinghofen.**

Schützenhof Kamen.

Sonntag, den 25. Jan., 7¾ Uhr:

Gastspiel d. Stadttheaters Unna

Der große Operettenschlager:

„Wenn Männer schwindeln"

Musik von O. Bertusch.

— Mäßige Eintrittspreise. —

Vorverkauf im Schützenhof. 236

Kamener Lichtspiele.

Morphium? ? ?

Auf nach Ostenfeldmark!!

Am Sonntag, d. 25. d. M., findet im Lokale des Wirts Karl Simon ein



großer Ball

statt.

Anfang 4 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein der Vorstand des

Junggesellenklubs Treue Freundschaft

Overberge-Ostenfeldmark.

N. B. 2 Uhr Mitgliederversammlung. Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist erwünscht. 253

Jung! **Heil!**

Am Sonntag, den 25. d. Mts., veranstaltet der

Junggesellen-Klub „Immer heiter" Kamen-Süd

einen großen

Konkurrenz-Ball

im Saale des Herrn Heinrich Nagel, am Westentor. Zu diesem Ball werden verschiedene Gegenstände ausgetanzt. Auch gelangt ein großer **Platenkuchen** zur Versteigerung. Jung und Alt ist bei uns herzlichst willkommen.

Die Musik wird ausgeführt von der berühmten Maiwald'schen Kapelle und vom Bandoneon-Klub Edelweiß.

Hierzu ladet freundlichst ein 275

Der Junggesellen-Klub „Immer heiter".

Jung! **Heil!**

Kamener Lichtspiele.

Morphium? ? ? 293

Wir empfehlen:

Prima Lachsheringe Stück 1.60 Mk.

Prima Heringe Stück 0.80 Mk.

Prima Apfelmarmelade Pfd. 3.75 Mk.

Prima Haferflocken

Prima Kernseife

billigst. 276

Gebr. Sirringhaus,

Kamen, Hammerstraße 194.

Für Südkamen und Westick

Zeitungsboten

zum 1. Februar gesucht.

Kamener Zeitung, Weststraße 10.

Suche für kleine Landwirtschaft zum 1. März ein 256

Dienstmädchen

von 15 Jahren. 256

Wo, sagt die Geschst.

Suche ein fleißiges, propres 274

Mädchen

für Küche und Haushalt.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Ztg.



Wohnhaus

mit **8 geräumigen Zimmern, Stallung, großem Garten** nebst **Bauplatz** umzugshalber zu verkaufen.

Zu erfr. i. d. Geschäftsst. d. K. Ztg. 284

Für unsere Buchdruckerei suchen wir zu Ostern einen

Lehrling.

Kamener Zeitung G. m. b. H.

(Meldungen: **Unnaerstr. 163.**)

Kamener Lichtspiele.

Morphium? ? ?